

Protokoll:	Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	161
		TOP:	7
Verhandlung		Drucksache:	840/2023
		GZ:	
Sitzungstermin:	24.07.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Dr. Sußmann		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Herr Krasovskij / fr		
Betreff:	Infopoint Sozialleistungen		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 21.07.2023, GRDRs 840/2023. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Diese Niederschrift enthält Anonymisierungen nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

Einleitend macht BMin Dr. Sußmann die Ratsmitglieder darauf aufmerksam, dass die Nummer der zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegenden Drucksache sich geändert habe (GRDRs 840/2023 und nicht, wie auf der Tagesordnung angegeben, GRDRs 786/2023). Es handle sich bei der GRDRs 840/2023 ferner um eine haushaltsrelevante Mitteilungsvorlage und nicht, wie einst vorgesehen, um eine Beschlussvorlage. Der Grund dafür sei, dass die Sozialverwaltung keine Mitzeichnung des Referats WFB zur geplanten Beschlussvorlage erhalten habe, da seitens der Finanzverwaltung für das Projekt im laufenden Haushaltsjahr keine Mittel bereitgestellt werden könnten.

Anschließend führt die Vorsitzende analog der Vorlage in das Thema ein. Sie betont, dass die Sozialverwaltung sich für die Einrichtung eines Infopoints Sozialleistungen ausspreche, um Menschen, die von verdeckter Armut oder Not betroffen oder bedroht sind, rechtskreis- und ämterübergreifend niederschwellig zu beraten und ihnen einen erleichterten Zugang ins soziale Hilfesystem zu ermöglichen.

In ihrer Wortmeldung begrüßt StRin Sklenářová (90/GRÜNE) die Vorlage und die vorgeschlagene Konzeption für den Infopoint Sozialleistungen.

Die Stadträtin macht ihrerseits darauf aufmerksam, dass die Auswahl eines geeigneten Standorts, die richtige räumliche Ausgestaltung des Infopoints und die Niederschwelligkeit der Ansprache wichtige Faktoren für die Akzeptanz der Anlaufstelle und das Gelingen des Vorhabens seien, da die Inanspruchnahme von Leistungen gerade bei Menschen, die von verdeckter Armut betroffen sind, häufig mit einem Schamgefühl verbunden ist.

Gleichlautend äußert sich im Folgenden auch StRin Meergans (SPD). Nach Ansicht der Stadträtin müsse der einladend gestaltete Infopoint zentral gelegen und gut erreichbar sein und sich nach Möglichkeit im Erdgeschoss befinden. Die Standortfrage sollte vor einem Beschluss über das Vorhaben unbedingt abschließend geklärt werden.

Darauf eingehend betonen BMin Dr. Sußmann und Herr Wacker (Jobcenter), dass die Verwaltung die Einschätzungen der Stadträtinnen bezüglich des Standorts und der Räumlichkeiten uneingeschränkt teile. Man habe bereits das Liegenschaftsamt gebeten, mögliche Standorte mitzuteilen und werde die Ratsmitglieder diesbezüglich auf dem Laufenden halten.

Im Folgenden verweisen die StRinnen Sklenářová und Bulle-Schmid (CDU) auf die Stellungnahme des Referats WFB im Rahmen der Mitzeichnung der GRDRs 840/2023. Sie bitten die Verwaltung um eine Einschätzung.

BMin Dr. Sußmann erklärt, dass die Sozialverwaltung keine Anhaltspunkte dafür sehe, dass sich vor dem geplanten Infopoint lange Warteschlangen bilden könnten. Diesem könne gezielt durch die Konzeption und den Aufbau der Anlaufstelle vorgebeugt werden. Außerdem sei auch eine Evaluation dieses innovativen und bundesweit einzigartigen Vorhabens vorgesehen, um im Bedarfsfalls Nachsteuerungen vornehmen zu können. Ähnlich äußert sich auch Herr Wacker.

StRin Bulle-Schmid beklagt in ihrer Wortmeldung, dass die neue Vorlage die Ratsmitglieder erst sehr kurzfristig am vergangenen Freitag erreicht habe. Die Stadträtin erklärt, dass sie über das Wochenende leider keine Zeit gehabt habe, sich intensiv mit der Konzeption für den geplanten Infopoint auseinanderzusetzen, und diese heute deshalb nur zur Kenntnis nehme.

Nach einer Nachfrage von StRin Meergans erklärt Herr Wacker, dass die Frage einer finanziellen Beteiligung des Bundes bei dem Vorhaben noch nicht abschließend geklärt sei. Nach Auskunft des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales nach einer Prüfung der durch die Stuttgarter Sozialverwaltung vorgelegten Stellenbeschreibungen sei, Stand heute, eher nicht mit einer Bundeserstattung zu rechnen. Falls sich aber im operativen Geschäft zeigen sollte, dass es fachlich sinnvoll ist, bestimmte in Bundeszuständigkeit befindliche Aufgaben auch im Rahmen des Infopoints abzudecken, werde man dies tun und vom Bund eine entsprechende finanzielle Beteiligung einfordern.

Nach einer weiteren Frage von StRin Meergans bestätigt die Leiterin der Abteilung "Strategische Sozialplanung" (SI-Strat) beim Referat SI, dass die freien Träger und Initiativen etc. von vornherein bei der Erstellung der Konzeption für den Infopoint Sozialleistungen miteinbezogen worden sind und auch in Zukunft bei konkreten Fragestellungen

gen weiter beteiligt werden. Der Wunsch nach einer solchen Anlaufstelle sei vielfach und von verschiedenen Seiten im Rahmen der diesjährigen Armutskonferenz und im Vorfeld der Veranstaltung geäußert worden.

Gerade die Träger hätten häufig Kontakt zu Menschen, die von verdeckter Armut betroffen sind oder nicht wüssten, welche Leistungen ihnen zustehen oder wie sie diese in Anspruch nehmen können. Gemeinsam mit allen Beteiligten wolle man daran arbeiten, das Angebot des Infopoints Sozialleistungen bekannt zu machen, um der Not der Menschen ein Stückweit entgegenzuwirken.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat von der GRDRs 840/2023 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / fr

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
SI-Strat
Sozialamt
Jobcenter

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. *Referat AKR*
Haupt- und Personalamt
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 4. Amt für Revision
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand